



KOMMUNISTISCHE JUGENDZEITUNG

EXTRABLATT

ZEITUNG

DES KOMMUNISTISCHEN JUGENDBUNDES

Jugendorganisation des Bundes Kommunistischer Arbeiter

DEMONSTRATION

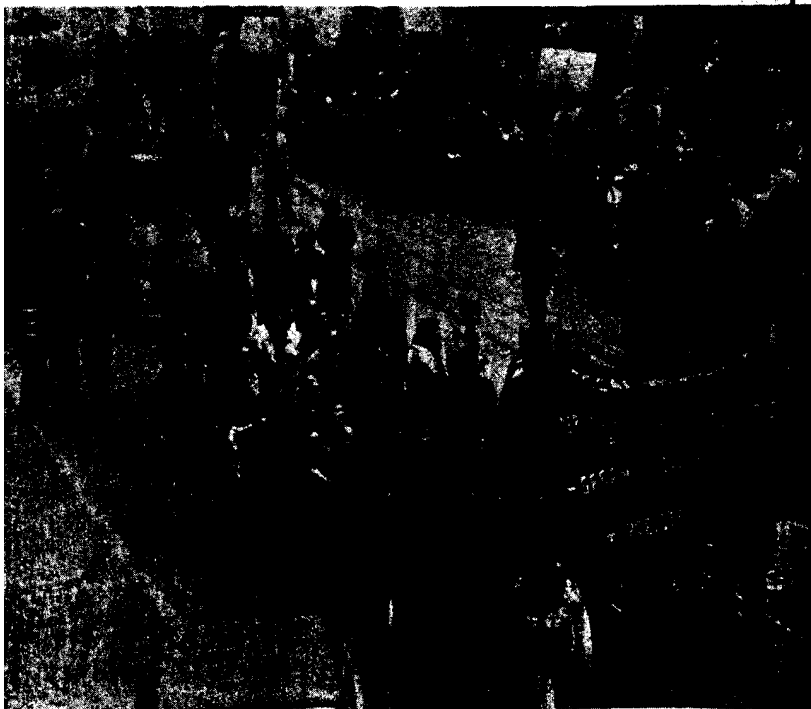
gegen

Fahrpreiserhöhung und Privatisierung**der Stadtwerke :**

Seit Anfang Februar wurde in der Freiburger Gewerkschaftsjugend das Thema Privatisierung und Fahrpreiserhöhung diskutiert. Die Kollegen sagten, daß diese Maßnahmen der Stadtverwaltung nichts anderes bedeuten als Lohnraub. Sie sagten, daß diese Maßnahmen Teil der sich

verschlechterten Situation der Arbeiter ist. Die Lohnerhöhungen von 5 - 7,5 % (das sind netto 3-5%) können die in die Höhe schnellenden Lebenshaltungskosten nicht mehr auffangen (1971: 7%). Die Lage in den Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten ist katastrophal.

Aus den Reihen der arbeitenden Gewerkschaftsjugendgruppen wurde nun ein Aktionsrat gewählt, der die Demonstration vorbereiten und organisieren sollte. Dem DGB - Chef Jorzig und den Einzelgewerkschaften wurde eine Resolution übermittelt, in denen sie über die geplante Demonstration informiert wurden. Als jedoch die ersten Flugblätter der Gewerkschaftsjugend erschienen, hielt der DGB es für notwendig sich in einer unverschämten Presseerklärung von der Aktion der Gewerkschaftsjugend zu distanzieren.



DGB-Führung contra Gewerkschaftsjugend

Er hielt es jedoch nicht für notwendig, öffentlich gegen die Privatisierung Stellung zu beziehen, geschweigen denn, etwas dagegen zu unternehmen. Die Herren Jorzig, Schnabel und Haas beschränkten sich selbstzufrieden darauf im Stadtrat gegen die Privatisierung zu stimmen, weil sie genau wußten, daß die Privatisierung sicher beschlossen werden würde.

Am Freitag, den 17. März hielt die Gewerkschaftsjugend eine Versammlung in der 'Harmonie' ab, zu der etwa 100 Kollgen kamen. In einem Kurzreferat wurde aufgezeigt, welche Folgen die Privatisierung und Fahrpreiserhöhung für die Bevölkerung und die Stadtwerker bringen werde. Der CDU - Stadtrat EVERS, der auch zur Versammlung gekommen war, jammerte über die Finanzmisere Freiburgs und forderte auf, darüber zu diskutieren, was man anstellen müsse, daß der Stadtrat zu mehr Geld käme. Die Versammlung lachte ihn daraufhin aus und ein älterer Arbeiter sagte unter brausendem Beifall, daß die Probleme der Stadtverwaltung oder des Staates nicht unsere Sorgen sein können, vielmehr hätten die Aktionen der Arbeiter und Angestellten sich nach der Situation in ihrer Lohntüte zu richten.

Kurzfristig angesetzt und 'zufällig' gleichzeitig mit der öffentlichen Versammlung der Gewerkschaftsjugend,

fand am Freitagabend eine erweiterte Kreisvorstandssitzung des DGB statt. Die Gewerkschaftshauptlinge Jorzig, Schnabel und Haas zeigten hier ihr wahres Gesicht. Immer wenn die Rede auf die Gewerkschaftsjugend kam wurden die jeweiligen Redner zum Schweigen gebracht.

Als zum Beispiel ein ca. 60jähriger Arbeiter aufstand und sagte, die Gewerkschaftsjugend habe recht, wenn die Jugend vor 1933 auch so aktiv gewesen sei, wäre es nie so weit gekommen und dann auch die Erklärung des DGB in der Zeitung angriff, entzog Versammlungsleiter Haas diesem Kollegen das Wort. Begründung: Die Gewerkschaftsjugend 'stehe nicht auf der Tagesordnung' das würde ein gesondertes 'Nachspiel' haben. Als dem selben Kollege direkt darauf ein zweites mal das Wort entzogen wurde, setzte er sich kopfschüttelnd wieder hin. Als der Vertreter der ÖTV - Jugend eine Resolution seiner Jugendgruppe verlesen wollte, wurde ihm mit derselben Begründung mehrfach das Wort entzogen. Jeder Diskussionsbeitrag in Richtung Gewerkschaftsjugend wurde abgewürgt. Hellinger, (ITT) erlaubte sich sogar die Unverschämtheit zu behaupten, eine IG - Metall - Jugend gäbe es überhaupt nicht.

Trotz aller Demagogie und Meinungsunterdrückung ließen sich die meisten der anwesenden Kollegen nicht überfahren. Abgestimmt werden durfte nicht, aber die Mehrheit war gegen Umgründung, gegen Fahrpreiserhöhung.

Deshalb konnte sich auch der DGB - Kreisvorsitzende Jorzig nicht mehr vom Vorgehen der Gewerkschaftsjugend distanzieren. Jorzig erklärte zum Schluß, daß die Jugend die Demonstration und Kundgebung veranstalten könne und der DGB nichts dagegen unternehmen werde.

Am Dienstag zogen dann auch etwa 1000 Demonstranten, überwiegend Lehrlinge und Jungarbeiter durch die Freiburger Innenstadt. Im Sprechhören und auf Tausenden von Flugblätter wurde gefordert: Schluß mit Lohnraub und Preistreiberei Gegen Privatisierung und Fahrpreis-erhöhung.

DKP- Führung contra Gewerkschaftsjugend

Die Gewerkschaftsjugend hatte vor der Demonstration alle politischen Gruppen aufgefordert, ihre Aktion zu unterstützen und auf der Demonstration auf eigene Parolen und Lautsprecher zu verzichten. Obwohl auch die DKP dies dem Aktionsrat der Gewerkschaftsjugend versprochen hatte, hielt sie nicht daran. Sie tauchte mit eigenen Parolen, eigenem Lautsprecherwagen, eigenen Megaphonen auf (als die DKP eine Woche vor der Demonstration von der Gewerkschaftsjugend gefragt wurde, ob sie ihr ein Megaphon leihen könne, antwortete der DKP Vertreter, daß sie keine besäßen).

Für die DKP war die Initiative der Gewerkschaftsjugend eine Konkurrenz für das von ihr bereitgehaltene Sammelbecken aller Bürger, die 'Bürgerinitiative Roter Punkt'.

Während der Demonstration propagierte die DKP ihre und nicht die Parolen der Gewerkschaftsjugend. So versuchte die DKP, die vorher in der 'Bürgerinitiative Roter Punkt' die Gewerkschaftsjugend als Spalter beschimpfte, bei der Demonstration ihr eigenes Süppchen zu kochen. Bis zu diesem Zeitpunkt blieb die DKP in der Versenkung der Bürgerinitiative verschwunden.

Nach Abschluß der Demonstration und Kundgebung riefen viele Kollegen vor dem Rathaus, das von der Polizei bewacht wurde: 'Jorzig, Schnabel, Haas - raus'. Doch diese kümmerten sich nicht darum. Im Rathaus beschloß der Stadtrat unter dem Schutz der Staatsmacht mit großer Mehrheit die Privatisierung der Stadtwerke.

Lehrlingsdemonstration **in Bremen**

In gekürzter Form geben wir hier einen Bericht des 'Kommunistischen Bunds Bremen' (KKB) wieder:

Am 4. März führten Bremer Lehrlinge eine Demonstration durch. Schüler aus sämtlichen Berufsschulen schlossen sich der Demonstration an. Anlaß der Demonstration war eine Information aus Kreisen der Jungsozialisten, daß der Senatsetat für Bildungsausgaben im kommenden Haushalt um 75 Mill. DM gestrichen werden solle. Eine Streichung der Bildungsausgaben trafe besonders die von Lehrer- und Raumangel ohnehin schon stark betroffenen Berufsschulen.

Schülergruppen beschlossen eine Demonstration unter folgenden Forderungen durchzuführen:

1. Erhöhung der Bildungsausgaben und deren Finanzierung aus den Profiten der Unternehmer.
2. Mehr Raum für Berufsschulen, bessere Unterrichtshilfen, mehr Studienplätze und bessere Ausbildung der angehenden Gewerbelehrer.
3. Verhinderung des Wehrkundeunterrichts an Schulen und Berufsschulen.
4. Mehr Rechte für Schülergruppen, damit diese wirksamer die Interessen der Berufsschüler vertreten können.
5. Die Beseitigung des Einflusses der Kammern auf die Berufsschule.
6. Organisiert euch in den Gewerkschaften, gründet gewerkschaftliche Jugendgruppen, und kämpft mit diesen im Betrieb für eure Rechte.
7. Er kämpft das Streikrecht für Lehrlinge, um wirkungsvoll den Kampf um unsere Interessen führen zu können und unseren älteren Kollegen in ihren Kämpfen nicht in den Rücken fallen müssen, indem wir als Streikbrecher benutzt werden können.
8. 500 DM einheitlicher Existenzlohn für alle Lehrlinge, um die Spaltung nach Lehrjahren aufzuheben und nicht unseren Eltern auf der Tasche zu liegen, sondern denjenigen, die davon profitieren.

Der Kreisjugendausschuß des DGB, der 'Kommunistische Band Bremen', der ASTA der Universität und verschiedene Studenten- und Schülergruppen solidarisierten sich mit den Forderungen der Bremer Lehrlinge.

DKP und SDAJ

gegen 500 Mark-Forderung

Die DKP und SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) erklärten von Anfang an, daß sie die Aktion der Bremer Lehrlinge nicht unterstützen könnte. Ihnen paßte die nach ihrer Meinung 'spalterische' Forderung: 500 Mark für alle Lehrlinge, nicht in den Kram.

Sie verteilten Flugblätter in denen sich sich von den Forderungen der Bremer

Bremer Berufsschüler distanzieren.

Die Jusos betrachteten die ganze Aktion als gute Gelegenheit gegen die Kommunisten (KBB) zu hetzen.

Die Information über die Streichung der Bildungsausgaben wurde vom Senat dementiert. Trotzdem demonstrierten am 4. März 1000 Lehrlinge und Jungarbeiter. Während der Demonstration wurden Parolen gerufen wie:

"Prozenttarife sind ein Hohn - Arbeiterjugend fordert 500 DM Einheitslohn

"Deutsches Bildungsideal - mehr Profit fürs Kapital".

"Arbeiterjugend gegen Militarismus".

"Haut den Direktoren das Werkzeug um die Ohren".

"Streikrecht erkämpfen".

"Streikrecht für Lehrlinge".

Bei den Vorbereitungen zur Demonstration entstand die Zeitung "Unser Kampf", die als regelmäßiges Kampforgan aller Bremer Berufsschüler weitergeführt werden soll. Die Schülergruppen sollen durch eigene Berichte an der Zeitung beteiligt werden.

Lehrling erschossen

Am 1. März 1972 wurde der 17-jährige Lehrling Richard Epple durch Maschinengewehrsalven getötet (Obduktionsbefund: 7 Einschüsse). Dies ist keine Szene aus einem Krimi; der Ort, wo dies geschah ist nicht Chicago sondern Tübingen. Es waren auch keine Gangster, die Richard Epple erschossen haben, es war die Tübinger Verkehrspolizei. R.E. war kein Mitglied der Baader-Meinhoff Gruppe, auf die das Schießen nach Ansicht der Polizei und Bildzeitung ja erlaubt ist. R.E. kam in eine Polizeisperre, aus Angst, da er keinen Führerschein hatte unternahm er einen Fluchtversuch. Mitten in einer bewohnten Ortschaft schoß die Polizei mit einem Maschinengewehr hinterher und traf ihn tödlich. Dies ist nun das Resultat der verstärkten Bewaffnung und häufigen Schießübungen der Polizei. Durch die Presse wird versucht eine regelrechte Massenhysterie zu erzeugen; Kriminalität steigt, Baader-Meinhof schlägt wieder zu. Die Bevölkerung und die Polizei werden aufgehetzt, sodaß die Polizei aus Angst und aus dem Gefühl heraus "unsere Demokratie zu schützen" sofort schießt. Die häufigste Begründung ist dann: Baader-Meinhof. Vor kurzem wurde ein holländisches Ehepaar fast erschossen, weil die Polizei das Blinken des Autolacks für eine Pistole hielt. Sie konnten sich nur durch ihre schnelle Flucht retten.

Ein Grieche wurde lebensgefährlich verletzt, weil die Polizei das Blinken seiner Taschenlampe für Mündungsfeuer hielt. Solche Vorfälle häufen sich in letzter Zeit immer mehr. Dies sind alles Beispiele für die Auswirkung der verstärkten Bewaffnung und Brutalisierung der Polizei. Doch die Polizei ist nur ein Instrument des kapitalistischen Staates, der zunehmend durch Terror und Gewalt versucht die Herrschaft der Kapitalisten aufrecht zu erhalten. Die Tätigkeit von klassenbewußten Arbeitern, Lehrlingen und Angestellten, die ihre Interessen gegen die Angriffe der Kapitalisten verteidigen, werden gleichgesetzt mit kriminellen Handlungen. Am 28. Januar haben die Länderministerpräsidenten und Kanzler Brandt beschlossen, im öffentlichen Dienst Säuberungsmaßnahmen gegen Radikale zu verstärken. Dieser Beschluß richtet sich ausschließlich gegen Kommunisten und Demokraten, derzeit in erster Linie gegen fortschrittliche Lehrer. Lehrer sollen auf die Ausbeutung im Betrieb vorbereiten, und wenn sie das nicht tun, dann sind sie eben Radikale, Verfassungsfeinde, die rausgesäubert werden müssen. Die Kapitalisten fürchten nichts mehr als selbstständige Aktionen von Leuten, die sehen, nach welchen Interessen hier Politik betrieben wird.

Neuregelung über Berichtsheft-Führung

Fortsetzung: Lehrling

erschossen

Deshalb versuchen sie schon jetzt, jegliche Ansätze zu zerschlagen und sich zu wappnen, indem sie Brutalität, Terror und Gewalt von Seiten der Polizei als Schutz für die Bevölkerung hinstellen. Gegen diese Maßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates setzen sich immer mehr Arbeiter, Angestellte und vor allem Lehrlinge und Jungarbeiter zur Wehr.

Die IHK teilt in ihrem Mitteilungsblatt mit, daß wir ab 1. März das Berichtsheft im Betrieb schreiben dürfen. Die Betriebe und Ausbilder verstanden es bisher ganz gut das zu verheimlichen.

Im der nächsten KJZ schreiben wir darüber, wie es der IHK einfällt jetzt das Berichtsheft im Betrieb schreiben zu lassen und was es uns bringt.

Heute wird vor den Betrieben die Zeitung des 'Bund Kommunistischer Arbeiter' BKA verteilt. Lest den:

NR. 19 Jahrgang 2

Freiburg, den 23.3.1972

Klassenkampf

Zeitung des Bundes Kommunistischer Arbeiter

Demonstration der Gewerkschaftsjugend

**Gegen Lohnraub
und Preistreiberei**

Knapp 1000, darunter viele Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte, aber auch ältere Kollegen, beteiligten sich

Am 1. Mai 72:

**Kampfentschlossenheit
demonstrieren!**

In den Klassenkämpfen des vergangenen Jahres

Direkt nach den Osterferien erscheint die 'Kommunistische Jugendzeitung' KJZ Nr. 5.

Kommunistischer Jugendbund

Kontakt: D. Friedrich, Tel. 39720 / Di + Do 18.30-20 Uhr